

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

29. Oktober 1958

318/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. P f e i f e r , Dr. Z e c h m a n n und Genossen  
an die Bundesregierung,  
betreffend die Einbringung des Entwurfes eines Bundesgesetzes über die  
Regelung dienstrechtlicher Fragen (Zwischendienstzeitengesetz).

-.-.-.-

Mit unserer Anfrage 234/J vom 5. März 1958 haben wir unter Hinweis auf die Erklärungen des Herrn Vizekanzlers und der Sprecher der beiden Regierungsparteien am 5. 11. 1957 im Budgetausschuss gefragt, ob die Bundesregierung bereit ist, dem österreichischen Nationalrat den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung dienstrechtlicher Fragen (Zwischendienstzeitengesetz) ehestens vorzulegen, und ob mit der deutschen Delegation Verhandlungen über eine Beitragsleistung der Bundesrepublik Deutschland für die deutschen Dienstzeiten österreichischer Beamter geführt werden.

Diese Anfrage blieb ebenso wie die vorangegangene Anfrage 166/J vom 10. Juli 1957 unbeantwortet.

Da das seit Jahren fällige Gesetz das Zehntausenden von öffentlichen Bediensteten (Beamten, Militärpersonen, Vertragsbediensteten) und ihren Familien zugefügte schwere Unrecht beseitigen soll, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesregierung neuerlich die

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, dem österreichischen Nationalrat endlich den Entwurf des so lange erwarteten Gesetzes über die Regelung dienstrechtlicher Fragen (Zwischendienstzeitengesetz) vorzulegen und über den Stand der Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland wegen einer Beitragsleistung für die deutschen Dienstzeiten zu berichten?

-.-.-.-